

KARIN ROTH informiert bundestag aktuell



Nr. 44, 26. September 2011

Karin Roth: „Weltmädchentag am 22. September einrichten!“

„Das Parlament hat am Mittwoch Abend der Bundesregierung einstimmig einen wichtigen Auftrag erteilt: Die Bundesregierung soll sich bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen, dass der 22. September zum Weltmädchentag deklariert wird!“, erklärt Karin Roth, Esslinger SPD-Bundestagsabgeordnete, anlässlich des Beschlusses des fraktionsübergreifenden Antrags 17/7021 „Einrichtung eines Weltmädchentages der Vereinten Nationen“ ([angefügt](#)). Karin Roth: „Bei der nächsten Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober muss die Bundesregierung Farbe bekennen: Kanada wird den Antrag zur Errichtung eines Weltmädchentages stellen. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie den Antrag vollumfänglich unterstützt und so den Beschluss des Bundestags umsetzt.“

Anfang 2011 wurde auf die Initiative von Karin Roth die Forderung des Kinderhilfswerks Plan International nach einem Weltmädchentag im Parlamentarischen Beirat für Bevölkerung und Entwicklung unterstützt und fraktionsübergreifend ein Antrag dazu erarbeitet. Die Einstimmigkeit für den Weltmädchentag ist ein großer parlamentarischer Erfolg.

Ein solcher Tag soll weltweit darauf aufmerksam machen, dass Mädchen aufgrund ihrer besonderen Lebenssituationen häufig ignoriert oder verletzt werden oder Gewalt ausgesetzt sind. Weder am Internationalen Frauentag noch am Weltkindertag wird bislang auf die besondere Situation der Mädchen aufmerksam gemacht. Die Hälfte der Weltbevölkerung sind Mädchen und Frauen. Sie spielen in ihren Gesellschaften – insbesondere in Entwicklungsländern – eine zentrale und unverzichtbare Rolle, leisten einen erheblichen, meist unbezahlten, Beitrag zum Bruttosozialprodukt und sind die treibende Kraft für ihre Familien und Gemeinden. Oft erfahren sie aber Benachteiligung, Ausbeutung, Gewalt und Ausgrenzung. Vor allem Mädchen sind beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitsbereich benachteiligt.

Niebel verspricht mehr für Familienplanung und kürzt die Mittel!

„Ein typisches Niebel-Versprechen: Vollmundig kündigt der Entwicklungsminister eine Initiative „Selbstbestimmte Familienplanung und Müttergesundheit“ und zusätzlich jährlich 80 Millionen Euro für Mütter- und Kindergesundheit an und kürzt rücklings die Mittel für den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA!“ erklärt Karin Roth. Die Mittel für UNFPA, dessen Ziele Zugang zu Familienplanung und Müttergesundheit sind, wurden von 15,6 Millionen Euro auf 14,2 Millionen Euro gekürzt, das entspricht einer Kürzung um 9 Prozent. Zudem stagnieren sowohl der Beitrag für die Internationale Familienplanungsorganisation IPPF bei 4,1 Millionen Euro als auch der Beitrag für UN Women bei 818.000 Euro. In einer Antwort des Ministeriums auf die Frage, warum die Mittel gekürzt wurden, wird auf die Erhöhung der Mittel an die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung GAVI um 4 Millionen Euro verwiesen. Diese sollen jedoch laut einer früheren Auskunft des Ministeriums aus der „Allgemeinen Reserve“ kommen. Karin Roth: „Das ist eine Mogelpackung! Die Kürzungen hier und die Erhöhungen dort sind ein Nullsummenspiel. Von dem Versprechen aus dem Jahr 2010, zusätzlich 80 Millionen Euro für Mütter- und Kindergesundheit jährlich bis 2015 zur Verfügung zu stellen, ist nichts übrig geblieben als Schall und Rauch. Denn schließlich stellt der Minister keinen Cent zusätzlich zur Verfügung, sondern widmet schlichtweg Mittel um. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Minister auf, die Mittel für UNFPA mindestens wieder auf den Vorjahresstand von 15,6 Millionen anzuheben und endlich das Versprechen wahrzumachen, im Jahr 80 Millionen Euro zusätzlich im Kampf gegen Mütter- und Kindersterblichkeit zur Verfügung zu stellen!“ Es geht um Menschenleben: Noch immer sterben jährlich über 350.000 Frauen an vermeidbaren Komplikationen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt. Und Millionen Kinder erreichen nicht ihr fünftes Lebensjahr.



Weitere Informationen zu den Themen dieser Ausgabe finden Sie im Internet unter www.karin-roth.de

Bundesregierung weiter gegen Verlängerung der Neckarschleusen von Heilbronn bis Plochingen!**Karin Roth stellt Verkehrsstaatssekretär im Bundestag öffentlich zur Rede**

„Die Bundesregierung ist offensichtlich weiter gegen den ökonomisch sinnvollen Ausbau aller 27 Neckarschleusen von Mannheim bis Plochingen. Dadurch nimmt Schwarz-Geld billigend in Kauf, dass die Region Esslingen und der Plochinger Hafen auf unbestimmte Zeit von der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg und Europa abgehängt wird“, erklärt Karin Roth. Anlässlich der Fragestunde am vergangenen Mittwoch im Deutschen Bundestag hatte die SPD-Politikerin den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Mücke öffentlich zur Rede gestellt und sich erneut nach den Plänen der Bundesregierung erkundigt. Die Antwort war mehr als ernüchternd. Lediglich überfällige Sanierungen der Neckarschleusen zwischen Heilbronn und Plochingen wurden vom FDP-Mann Mücke in Aussicht gestellt – allerdings ohne konkreten Zeitplan. Die Verlängerung der Schleusen bis Plochingen ist nicht geplant. Karin Roth: „Die Verweigerungshaltung des Bundesverkehrsministers ist Ausdruck fehlenden verkehrs- und wirtschaftspolitischen Sachverstands. Es bleibt zu hoffen, dass die Bundeskanzlerin bald das Gespräch mit ihm sucht und Ramsauer zur Vernunft bringt.“ Karin Roth hatte im Jahr als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium die Modernisierung des Neckars durchgesetzt und mit dem Land Baden-Württemberg eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Dabei geht es um die notwendige Sanierung, verbunden mit der sinnvollen Modernisierung und Verlängerung. Insgesamt wurden 650 Mio. Euro für den gesamten Neckarausbau, die Instandsetzung der Schleusen und Wehre, Fischtrepfen und Schleusenverlängerung eingeplant. Die Verlängerung der Schleusen ist mit 170 Mio. Euro angesetzt.

Lebensrettende Wirkung des Globalen Fonds bestätigt - Niebel muss zahlen

Anlässlich der Vorstellung des Abschlussberichts der unabhängigen Expertenkommission zur Untersuchung der Finanzaufsichts- und Kontrollmechanismen des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärte Karin Roth: „Der Bericht bestätigt noch einmal die außerordentlich gute Arbeit des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GFATM), die er bis heute geleistet hat. Der Globale Fonds hat in weniger als zehn Jahren 6,5 Millionen Leben gerettet. Er wurde gegründet, um auf eine nie dagewesene Herausforderung schnell zu reagieren, nämlich Nothilfe zu leisten um Menschenleben zu retten. Sein Erfolg macht es nun notwendig, dass er sich reformiert. Von der Nothilfe zur Nachhaltigkeit. Dies gilt sowohl für die Zielsetzungen als auch für das Management. Ein Prozess, der bereits vom GFATM selbst eingeleitet wurde und nun durch weitere konkrete Vorschläge der Expertenkommission unterstützt wird.“ Der Bericht mache deutlich, dass es durch die bisherigen Verfahrensweisen Gefahren von Korruption und Missbrauch gibt, stellt aber keinerlei Korruptionsfälle über die vom Fonds selbst aufgedeckten hinaus fest. Damit habe Minister Niebel keinen Grund seinen Zahlungsverpflichtungen weiterhin nicht nachzukommen. Karin Roth: „Niebel muss zahlen! 100 Millionen Euro, die er in diesem Jahr zurückhält, und mindestens 200 Millionen Euro im nächsten Jahr.“

Der Fonds hat bereits angekündigt, die Empfehlungen so schnell wie möglich umzusetzen. Das ist ausdrücklich zu begrüßen. Es ist eine große Chance, die Arbeit des Fonds noch erfolgreicher und nachhaltiger zu gestalten. Zu den wichtigen Reformen wird es gehören, die Rollen der Fund Portfolio Manager zu stärken und die Zusammenarbeit mit dem Generalinspektor zu verbessern. Um die Erfolge nachhaltig zu sichern, ist eine Unterstützung der Länder beim Aufbau von Strukturen im Gesundheitswesen und der Ausbildung von Personal zur Kontrolle ein notwendiger Schritt. Die empfohlenen Reformschritte werden den Fonds Geld kosten. Wie viel, dazu macht der Bericht bewusst keine Aussage. Klar ist, dass dies auf keinen Fall zu Lasten der Versorgung von Betroffenen gehen darf.

**Heinrich-Heine-Gymnasium Ostfildern zu Gast bei Karin Roth**

Eine interessante und wichtige Woche hatte sich die Klasse des HHG Ostfildern ausgesucht: Das Thema Euro-Rettung war beherrschendes Thema sowohl in den Gremien des Parlaments als auch bei der angeregten Diskussion mit Karin Roth. „In den letzten Wochen wurde ohne Unterlass in der Bundesregierung über den Kurs in der Eurokrise gestritten. Das führt zu einer dramatischen Destabilisierung des Euro-raums und zum Verlust von Vertrauen bei den Bürgern. Für die SPD ist klar: Die Stabilisierung der Krisenländer ist im ureigenen Interesse Deutschlands!“